

"Bad Wörishofens CSU Stadtratsfraktion zu den Haushaltsberatungen vom Montag, 29.04.2019"

Finanzreferentin Michaela Bahle-Schmid (CSU) warf bei den anschließenden Haushaltsreden angesichts des vom Bürgermeister nicht unterschriebenen Haushaltsvorberichts die Frage auf, ob Gruschka wieder einmal nicht hinter seinem Haushalt steht. „Offensichtlich ist es den Amtsleitern und der Kämmerin gelungen, nach dem Getöse seitens der Stadtspitze vom März dieses Jahres doch noch einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, bei dem neben allen Tilgungen auch die Abschreibungen komplett erwirtschaftet werden.“

Erfreut zeigte sie sich darüber, dass die vor Jahren von der CSU angestoßene Wirtschaftspolitik Früchte trägt: „Was einem sofort auffällt sind die Gewerbesteuererinnahmen in rekordverdächtiger Höhe von 9,1 Millionen Euro. Dies gab es so noch nie.“ Auch der zu erwartende Einkommensteueranteil in Höhe von 7,8 Millionen Euro falle sehr hoch aus.

Trotz dieser guten Einnahmenseite schmerze es, dass die Kämmerei und die Verwaltung Mühe hatten, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die höchste Steigerung sei hier bei den Personalkosten zu verzeichnen, aber auch die Sachkosten steigen. „Leider muss man feststellen, dass die guten allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre wie auch eine verkehrstechnisch günstige Lage an der A 96 und natürlich der attraktive Gewerbesteuerhebesatz nicht in ausreichendem Maß und mit der entsprechenden Dynamik genutzt wurden, um die wirtschaftliche Lage der Stadt Bad Wörishofen zu verbessern.“

Bahle-Schmid weiter: „Dem neutralen Betrachter kann es an der einen oder anderen Stelle so vorkommen, dass hier einer „self fulfilling Prophecy“ der letzten Jahre durchaus Vorschub geleistet wurde und endlich der Haushalt so ungünstig ist wie er seit Jahren dargestellt wird. Die letzten vier Jahre lebte man noch von der Weichenstellung der Verantwortlichen der alten Periode, mittlerweile kann hier nur noch mit Mühe ein ausgeglichener Haushalt erstellt werden, was auch uns in der CSU Fraktion Anlass zur Sorge gibt.“

Angesichts der vom Bürgermeister erneut angefachten Diskussion um den Gewerbesteuerhebesatz verwies die CSU auf das viel zu große Risiko, dass eine Erhöhung des Hebesatzes zu weniger Einnahmen führt. Diese Risikobewertung hatten wir in der Vergangenheit gefordert und auch analysiert. „Mehreinnahmen“ würden nur fließen, wenn die Unternehmen nicht reagieren. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass es zu Betriebsverlagerungen oder Steuererlegungen an andere Orte kommt. Wer verantwortet dann die eventuellen absoluten Mindereinnahmen? Solange der Erste Bürgermeister nicht mit den maßgeblichen Unternehmen darüber spricht, ist das Risiko ohnehin viel zu hoch, betonte Michaela Bahle-Schmid.

„Mit einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes bliebe uns mehr von weniger“, erläuterte auch CSU-Fraktionschef Stefan Welzel, dass ein größeres Stück von einem viel kleineren Kuchen nicht erstrebenswert ist. „Ich habe mit vielen Unternehmern gesprochen und keiner zeigte sich über eine Anhebung begeistert.“ Hier Neid zu schüren, sei ebenso fehl am Platz. Die vom FW-Vorsitzenden Hützler aufgezählte lange Reihe von vergleichbaren Orten zeigte deutlich, dass diese Städte allesamt trotz hohem Gewerbesteuerhebesatz eine hohe Verschuldung haben. Die CSU dankte für diese Steilvorlage.

Der bessere finanzielle und wirtschaftliche Weg sei, so die CSU, alle Ausgaben zu überprüfen, Einsparpotenziale abzuklopfen und eine Steigerung der Einnahmen im Bereich Gewerbesteuer und Einkommensteueranteil durch attraktive und verlässliche Standortpolitik zu erreichen. Die Bürger tragen bereits genug Steuer- und Gebührenlasten. Beispielsweise hätte man durch frühzeitige Beschäftigung mit alternativen Finanzierungsmodellen für den neuen Kindergarten Kostenlasten reduzieren können. Entsprechende Hinweise wurden jedoch im Rathaus nicht weiterverfolgt.

Die in den weiteren Redebeiträgen aufgeworfenen Punkte wurden seitens der CSU noch wie folgt kommentiert:

Die Forderung nach einer Rückkehr zur Kameralistik ist Augenwischerei. Gerade die im doppelten Haushalt zu erwirtschaftenden Abschreibungen helfen, den so genannten Werteverzehr auszugleichen und stellen Geldmittel für Reinvestitionen zur Verfügung. „Sonst lebt man am Ende irgendwann nur noch von der Substanz.“

Ebenso warnt die CSU davor, angesichts der Rekorderinnahmen bei der Gewerbesteuer vor einer Verharmlosung der offensichtlich bestehenden Probleme im Steueramt. „Hier werden vom Bürgermeister Äpfel mit Birnen verglichen. Da schrillen alle Alarmglocken.“

Die Haushaltsberatungen hätte man auch ohne „Drama“ im März durchführen können. Statt einen nicht genehmigungsfähigen Entwurf an die Räte zu schicken und die Bevölkerung zu verunsichern hätte man der Verwaltung seitens der Stadtspitze einfach noch ein wenig Zeit geben brauchen.“